

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Kommission für Wissenschaft,
Bildung und Kultur
CH-3003 Bern

www.parlament.ch
wbk.csec@parl.admin.ch

Adressaten:

die politischen Parteien
die Dachverbände der Gemeinden,
Städte und Berggebiete
die Dachverbände der Wirtschaft
die interessierten Kreise

29. August 2019

**17.412 n Pa.Iv. Aebischer Matthias. Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter –
Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

In Umsetzung der parlamentarischen Initiative «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter» hat die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-NR) am 16. August 2019 einen Vorentwurf zur Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes sowie den Vorentwurf eines Bundesbeschlusses für Finanzhilfen für kantonale Programme im Bereich Weiterentwicklung der Politik der frühen Kindheit angenommen. Die WBK-NR hat ihr Sekretariat beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den Dachverbänden der Wirtschaft sowie bei weiteren interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren zu den beiliegenden Vorentwürfen durchzuführen. Wir unterbreiten Ihnen hiermit diese Vorlage zur Stellungnahme.

Die Frist für die Vernehmlassung endet am **29. November 2019**.

Ziel der Initiative ist es, die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) stärker in der Schweizer Politik zu verankern und damit einen Beitrag zur Schaffung der Chancengerechtigkeit beim Schuleintritt zu leisten. Die Kommission hat auf der Grundlage des Initiativtextes eine Auslegeordnung zu den verschiedenen Engagements des Bundes im Bereich der Politik der frühen Kindheit vorgenommen und hat verschiedene Varianten zur Umsetzung geprüft. Die Kommission möchte die Kantone mittels befristeter Anschubfinanzierung darin unterstützen, ein bedarfsgerechtes Angebot im Bereich der Politik der frühen Kindheit aufzubauen sowie die Koordination und Vernetzung zwischen den staatlichen und privaten Akteuren zu fördern.



Die Vernehmlassung wird **elektronisch** durchgeführt. Die Vernehmlassungsunterlagen können über die folgenden Internetadressen bezogen werden:

Portal der Schweizer Regierung: <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>

Parlamentdienste:

<https://www.parlament.ch/de/organe/kommissionen/sachbereichskommissionen/kommissionen-wbk/berichte-vernehmlassungen-wbk>

Nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist werden die eingereichten Stellungnahmen im Internet veröffentlicht. Im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG; SR 151.3) sind wir bestrebt, barrierefreie Dokumente zu publizieren. Wir ersuchen Sie daher, die Stellungnahme wenn möglich elektronisch innert Vernehmlassungsfrist einzureichen (**vorzugsweise als Word-Dokument**):

KJP@bsv.admin.ch

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen die in dieser Angelegenheit zuständige Person beim Bundesamt für Sozialversicherungen, Frau Michelle Jenni (058 462 55 64 / michelle.jenni@bsv.admin.ch), sowie seitens der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, Herr Andreas Behr (Tel. 058 322 91 95; E-Mail: andreas.behr@parl.admin.ch) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Christine Bulliard-Marbach
Kommissionspräsidentin

Beilagen:

- Vernehmlassungsentwurf und erläuternder Bericht
- Liste der Vernehmlassungsadressaten